

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 1

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **FDP für medizinische Fakultät**

2

3 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Die ärztliche, insbesondere die ambulante Versorgung in Ostwestfalen-Lippe (OWL) ist mittelfristig  
8 gefährdet. Nach der letzten Schätzung der Ärztekammer Westfalen-Lippe (ÄKWL) aus dem Jahre  
9 2011 werden in Kammerbereich Westfalen-Lippe bis 2025 weit über 3.000 Ärztinnen und Ärzte alters-  
10 bedingt aus ihrer Tätigkeit ausscheiden. Der Ersatzbedarf in OWL ist im Vergleich zu Westfalen-Lippe  
11 überdurchschnittlich hoch, da hier ab 2017 (verschärft ab 2030) deutlich mehr Ärzte aus der Versor-  
12 gung ausscheiden werden als neu hinzukommen. Beleg für die Dramatik der Situation ist, dass bereits  
13 heute viele Kassensitze in OWL wegen fehlendem Nachwuchs nicht mehr besetzt werden können, so  
14 dass die ambulante ärztliche Versorgung, insbesondere im ländlichen Bereich, immer mehr ausdünt.  
15 Verschärft wird die Versorgungssituation noch durch die Tatsache, dass sich die Leistungsnachfrage  
16 aufgrund der demographischen Entwicklung deutlich zunehmen wird. Um dem kommenden Ärzte-  
17 mangel entgegenzuwirken, ist die derzeitige Dependance-Lösung mit ca. 60 Studentinnen und Stu-  
18 denten, die ihre universitäre Heimat in Bochum haben und ihre praktische Ausbildung in Herford und  
19 Minden nicht ausreichend.

20 Die Einrichtung einer Medizinischen Fakultät OWL soll aber nicht nach dem klassischen Muster nur  
21 der medizinischen Ausbildung gelten sondern sich von Beginn an in Kooperation mit dem Wissen-  
22 schaftsstandort OWL entwickeln. Zukunftsorientierte technische Entwicklungen wie z. B. Digitalisie-  
23 rung und Robotik sollen eingebunden werden, um technische Lösungen für die kommenden Probleme  
24 der medizinischen Versorgung z. B. in ländlichen Räumen zu entwickeln. So soll ein „Medizin-Cluster“  
25 entstehen, der attraktiv ist für zukünftige Studentinnen und Studenten, Lehrkräfte, Wissenschaftler und  
26 industrielle Ansiedlungen.

27 Die Freien Demokraten in Ostwestfalen-Lippe fordern daher eine medizinische Fakultät mit 200 Stu-  
28 dentinnen und Studenten mit Sitz in Bielefeld, wobei die praktische Ausbildung an verschiedenen  
29 Krankenhäusern in OWL erfolgen sollte. Es ist abzuklären, inwieweit bereits Strukturen bestehen, um  
30 Synergien zu nutzen und die Kosten zu mindern.

31

32

33 **Begründung**

34 Die jetzt realisierte Dependance-Struktur kann nicht als endgültige Lösung, sondern nur als Übergang  
35 zur Einrichtung einer medizinischen Fakultät angesehen werden. Nur eine eigenständige Fakultät

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 2

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 kann die oben angesprochenen Versorgungsprobleme lösen. Um einen wirksamen „Klebe-Effekt“ zu  
2 erzielen, müssen die Studentinnen/Studenten ausreichend lange in der Region bleiben, um diese  
3 besser kennenzulernen und ausreichend soziale Kontakte zu knüpfen. Das jahrelange Studium bietet  
4 hierfür einen ausreichenden Zeitraum. Diese soziale Anbindung ist schließlich die Grundlage dafür,  
5 dass die jungen Ärztinnen und Ärzte nach dem Studium auch in der Region verbleiben, hier ihre Wei-  
6 terbildung aufnehmen und sich idealerweise dann in OWL niederlassen oder eine Karriere im Kran-  
7 kenhaus anstreben. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass diese Phase aus Studium und Wei-  
8 terbildung über 10 Jahre dauert. Eine zügige Realisierung des Projektes ist also dringend geboten.  
9 Die Dependance-Lösung bietet diese Vorteile nicht. Die Studentinnen und Studenten werden die ers-  
10 ten 3 Jahre in Bochum bleiben und erst dann in die Region kommen. Da in diesen 3 Jahren sich die  
11 meisten in Bochum eingerichtet haben werden, werden sich die wenigsten in OWL ansiedeln. Es ist  
12 vielmehr davon auszugehen, dass sich die Studierenden montags Richtung OWL und freitags Rich-  
13 tung Ruhrgebiet oder ihre jeweilige Heimat bewegen werden. Der „Klebe-Effekt“ wird dürftig ausfallen.  
14 Folge wird sein, dass sich nur wenige für eine Weiterbildung in OWL interessieren sondern sich hin-  
15 zum großstädtischen Raum orientieren werden. Eine relevante nachhaltige Verbesserung der Versor-  
16 gungsproblematik in OWL ist nicht zu erwarten.

17 Wir erwarten von der zukünftigen Landesregierung alles Erforderliche einzuleiten, um eine eigenstän-  
18 dige Medizinische Fakultät in Bielefeld einzurichten und die hierfür erforderlichen Mittel im Landes-  
19 haushalt einzustellen. Für 200 Studierende sind entsprechende Kapazitäten hinsichtlich Gebäude  
20 bzw. Hörsäle bereitzustellen. Für die einzelnen Fachbereiche sind Lehrstuhlinhaber zu benennen,  
21 soweit diese nicht bereits vor Ort sind. Weiterhin müssen natürlich die personellen Strukturen der  
22 nachgeordneten Kräfte geschaffen werden, um die Ausbildung zu gewährleisten. Als Vorbild könnte  
23 hier die Universität Bochum dienen, die die vorklinische Ausbildung zentral in Bochum (hier z. B.  
24 Bielefeld), die klinische Ausbildung dezentral in Bochum und Herne durchführt (bei uns z. B. in Biele-  
25 feld, Gütersloh, Minden, Paderborn und Höxter neben den bereits bestehenden Strukturen in Herford  
26 und Minden). Im vorklinischen Bereich sind natürlich Investitionen insbesondere erforderlich bzgl. der  
27 apparativen Ausstattung erforderlich (z. B. Sektionsräume für die Anatomie, Übungsräume für die  
28 Physiologie usw.).

29 Nur eine Medizinische Fakultät kann mittel- bis langfristig als Lösungsansatz zur Sicherung der ärztli-  
30 chen Versorgung in OWL, insbesondere im ländlichen Bereich, angesehen werden. Eine Medizinische  
31 Fakultät wird OWL weiter aufwerten und z. B. zusätzliche Arbeitsplätze in nicht unerheblichem Aus-  
32 maß schaffen. Eine Medizinische Fakultät wird den Wissenschaftsstandort OWL stärken und sichern.

33  
34  
35  
36

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 3

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Handel nicht verunsichern, Stadtteilsteste schützen**

2

3 **Antragsteller: Kreisverband Bielefeld**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Die ostwestfälische FDP appelliert an die Gewerkschaft verdi, von weiteren Klagen und insbesondere  
8 von Anträgen auf einstweiligen Rechtsschutz gegen Sonntagsöffnungen wegen fehlendem Anlassbe-  
9 zug abzusehen. Wir fordern, die Verunsicherungen unseres lokalen Einzelhandels zu beenden und  
10 die Planung und Durchführung von Stadtteilstesten nicht weiter zu erschweren.

11 Eine neue Landesregierung bleibt aufgefordert, zügig eine rechtssichere Regelung zu finden, um da-  
12 mit das untaugliche rot-grüne Landenschlussgesetz abzulösen.

13

14

15 **Begründung**

16 Der Einzelhandel ist ein wichtiges Standbein für die Wirtschaft in den Städten und Gemeinden und  
17 unverzichtbar für lebendige Innenstädte. Sonntage zählen im Internethandel zu den umsatzstärksten  
18 Wochentagen. Derzeit sind verkaufsoffene Sonntage nur anlassbezogen möglich. Wir müssen dem  
19 stationären Handel die Chance und die Möglichkeit zu einem fairen Wettbewerb geben.

20

21 Die von der rot-grünen Landesregierung unnötig verschärften Regelungen zu Sonntagsöffnungen  
22 haben durch den Anlassbezug eine völlig unnötige Verkomplizierung der Rechtslage verursacht.  
23 Demnach muss die Sonntagsöffnung in Verbindung mit einem traditionellen Fest oder einem anderen  
24 Anlass stehen, die Absicht der Sonntagsöffnung darf nicht im Vordergrund stehen. Insbesondere bei  
25 neuen Terminen ist dies schwierig nachzuweisen, so dass Klagen große Erfolgswahrscheinlichkeiten  
26 haben. Willkürlich hat die Gewerkschaft verdi in OWL einen verkaufsoffenen Sonntag in der Stadt  
27 Bünde durch Gerichtsentscheid untersagen lassen und angekündigt, weitere Klagen einzureichen.  
28 Hierdurch ist in unserer Region erhebliche Rechtsunsicherheit entstanden.

29

30

31

32

33

34

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 4

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Kein Verbot des Versandhandels mit Arzneimitteln – den Apothekenmarkt stärken!**

2

3 **Antragsteller: Junge Liberale OWL**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Die FDP Ostwestfalen-Lippe spricht sich entschieden gegen jegliche Pläne der Bundesregierung aus,  
8 den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten in Deutschland zu verbieten. Gerade der On-  
9 line-Versandhandel vermag eine flächendeckende und kostengünstige Versorgung mit Arzneimitteln,  
10 ergänzend zu den vor Ort unerlässlichen Apotheken, sicherzustellen und setzt im Zuge des mit ihm  
11 verbundenen Wettbewerbs wirksame Anreize für Effizienzsteigerungen und zukünftige umfassende  
12 Liberalisierungen des Apotheken- und Medikamentenmarktes, die zu einer allgemeinen Verringerung  
13 der Kosten im Gesundheitssystem führen werden. So soll beispielsweise die Verschreibungspflichtig-  
14 keit von Medikamenten individuell regelmäßig durch das Bundesministerium für Gesundheit überprüft  
15 und im Zweifelsfall aufgehoben werden. Die Verschreibungspflicht von Medikamenten, die in anderen  
16 Mitgliedstaaten der EU lediglich apothekenpflichtig sind, soll in der Regel entfallen. Die Apotheken-  
17 pflicht von verschreibungsfreien Medikamenten soll entfallen.

18

19

20 **Begründung:**

21 *erfolgt mündlich*

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 5

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Die Zukunft der Sparkassen und Volksbanken sichern**

2

3 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Deutschland ist geprägt durch ein funktionierendes Bankensystem aus regionalen Sparkassen, Volks-  
8 und Raiffeisenbanken und Geschäftsbanken. Sie sind für die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten,  
9 für die Immobilienfinanzierung und für die Geldanlage breiter Schichten der Bevölkerung unerlässlich.  
10 Allein in Nordrhein-Westfalen stehen 102 Sparkassen und 95 Genossenschaftsbanken mit weiteren  
11 Geschäftsbanken im intensiven Wettbewerb. Diese Vielfalt ist einmalig in Europa und deshalb ein  
12 großer Standortvorteil für unser Land.

13

14 Diese Vielfalt ist jedoch in Gefahr. Die Nullzinspolitik der EZB entzieht besonders den regionalen  
15 Sparkassen- und Volksbanken ihre Ertragsmöglichkeiten auf der Einlagen- und auf der Kreditseite.  
16 Sie werden dadurch gezwungen ihr ohnehin ausgedünntes Geschäftsstellen- und Filialnetz noch wei-  
17 ter zurückzufahren.

18

19 Eine Vielzahl von Aufsichtsbehörden auf nationaler und europäischer Ebene zwingt die Banken zu  
20 einem immer größeren Aufwand, um die Anforderungen an das Berichtswesen, die Eigenkapitalaus-  
21 stattung, die Kreditvergabe und den Verbraucherschutz zu erfüllen. Zu wenig wird dabei nach unter-  
22 schiedlichen Größen und Aufgabenbereich der Institute unterschieden. Die Folge dieser staatlichen  
23 Regulierung ist eine aufgezwungene Marktberreinigung und eine weitere Konzentration im Bankenbe-  
24 reich. Die Lehre aus der Finanzkrise 2007/2008 ist aber: je größer Banken sind, desto höher ist ihr  
25 Erpressungspotential gegenüber den Steuerzahlern. Regulierung darf daher nicht neue Risiken beför-  
26 dern, sondern muss die Risiken durch Vielfalt minimieren.

27

28 Daraus folgt:

29

30 1. Die Bankenaufsicht muss die unterschiedlichen Größenverhältnisse stärker berücksichtigen.  
31 Kleinere Institute von nur regionaler Bedeutung müssen wieder ausschließlich national und  
32 lediglich von einer Behörde beaufsichtigt werden.

33

34 2. Die Umsetzung europäischer Richtlinien muss gerade der Vielfalt des deutschen Bankensek-  
35 tors Rechnung tragen. Sie darf nicht dazu führen, dass, wie aktuell bei Umsetzung der Immo-

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 6

ANTRAG NR.

---

## Zeile

- 1 bilienkreditrichtlinie, Personengruppen, die bislang ganz normal an Immobiliendarlehen ab-  
2 schließen konnten, nunmehr davon ausgeschlossen sind, weil Sie zu alt oder mögliche Wert-  
3 steigerungen nicht mehr berücksichtigt werden dürfen.  
4
- 5 3. Es muss gewährleistet sein, dass die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Volks-  
6 banken nicht durch ein europäisches Einlagensicherungssystem ausgehebelt werden. Eine  
7 Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme in Europa gilt es zu verhindern, denn  
8 dadurch würden regionale Sparkassen, Volksbanken und ihre Kunden mittelbar für die Schief-  
9 lagen von Banken in anderen Ländern haften.  
10
- 11 4. Die EZB muss zu einer Geldpolitik zurück, die Sparen nicht bestraft, sondern wieder belohnt.  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 7

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 „Förderschulstruktur erhalten – Basisangebot regional definieren“

2

3 **Antragsteller: Kreisverband Bielefeld**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Initiiert durch die rot-grüne Landesregierung und die de facto Heraufsetzung der Mindestgrößen kam  
8 es in den letzten Jahren zu Zusammenlegungen und Schließungen von Förderschulen in Bielefeld  
9 und der Region. Diese Vernichtung einer einzigartigen pädagogischen Ressource wollen wir, soweit  
10 es auf kommunaler Basis möglich ist verhindern. Wir fordern daher, dass in OWL die Kreise und die  
11 kreisfreie Stadt Bielefeld in Abstimmung ein nach Förderschwerpunkten differenziertes Basisangebot  
12 an Förderschulen definieren. Dieses soll die Schulen benennen, die trotz (derzeit) rückläufigen Schü-  
13 lerzahlen zu erhalten sind, damit Kinder, für die diese Schulform die beste Fördermöglichkeit ist, wei-  
14 terhin Zugang haben.

15

16

17 **Begründung**

18 *erfolgt mündlich*

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 8

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **Für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik: versorgungssicher, sauber und sozial!**

2

3 **Antragsteller: Junge Liberale OWL**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Die umfassende Versorgung mit Energie ist für eine moderne und zivilisierte Welt, ihre Freiheit, ihren  
8 Wohlstand und ihren Fortschritt von essentieller Bedeutung. Während die Verbrennung fossiler  
9 Brennstoffe aber zu einer problematischen Erwärmung des Weltklimas zumindest beiträgt und geo-  
10 strategisch bedeutsame außenpolitische Abhängigkeitsverhältnisse nach sich ziehen kann, führt eine  
11 mit planwirtschaftlichen Instrumenten vollzogene Umstellung auf sog. erneuerbare Energien zu unsi-  
12 cheren Versorgungslagen und zu einem signifikanten Anstieg der Strompreise und gefährdet damit  
13 sowohl die Existenz privater Haushalte als auch diejenige von energieintensiven Unternehmen. Deindustrialisierungsrisiken auf diese Weise bewusst einzugehen bedeutet, weitreichende Wohlstands-  
14 und Fortschrittsverluste mit den daraus folgenden negativen sozialen Folgen billigend in Kauf zu neh-  
15 men. Die einseitige Subventionierung einiger weniger Stromerzeugungsarten führt überdies im Zuge  
16 massiver Wettbewerbsverzerrungen zu einer Verengung der Forschung auf ebenjene subventionier-  
17 ten Technologien. Aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters von Energiemärkten ist eine Lö-  
18 sung energie- und klimapolitischer Probleme in einem ausschließlich nationalen Kontext zudem von  
19 vornherein zum Scheitern verurteilt. Eine zukunftsgerichtete Energiepolitik kann und muss im Ange-  
20 sichts dieser Herausforderungen drei zentrale Voraussetzungen erfüllen: sie muss Versorgungssicher-  
21 heit gewährleisten und gleichzeitig sauber und sozial sein.

22 Die FDP Ostwestfalen-Lippe fordert deshalb eine grundlegende Neubewertung der energiepolitischen  
23 Strategie der Bundesrepublik Deutschland. Im Zuge dessen sind folgende Maßnahmen umgehend zu  
24 ergreifen:

25 - Das Atomgesetz ist dahingehend zu ändern, dass der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken, die noch  
26 in Betrieb sind und nach 1980 in Betrieb genommen wurden, ermöglicht wird. Neubauten sind eben-  
27 falls zu ermöglichen. Die Endlagersuche für radioaktive Abfälle ist ergebnisoffen durchzuführen; die  
28 Endlagerungskosten sind von den Kraftwerksbetreibern zu tragen.

29 - Die Erforschung und Nutzbarmachung von Kernfusionsreaktoren ist entschieden voranzutreiben.  
30 Diese sollen auf Kernspaltung basierende Kraftwerke langfristig vollständig ersetzen.

31 - Die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Kohle und Gas zur Energieerzeugung ist mittelfristig aufzuge-  
32 ben, sofern nicht zukünftige technische Entwicklungen die damit verbundenen spezifischen Probleme  
33 beseitigen können.  
34



# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 25.03.2017 in Vlotho

Seite 9

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 - Sowohl die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen als auch die Garantie fes-  
2 ter Einspeisevergütungen für deren Erzeuger, die im Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien  
3 (EEG) festgeschrieben sind, ist zu revidieren. Erneuerbare Energiequellen sollen aber einen ange-  
4 messenen und sukzessive steigenden Anteil an der Stromerzeugung leisten können.

5 - Um eine zielgerichtete und problembewusste Energiepolitik zu ermöglichen, die den Anforderungen  
6 europäisierter und globalisierter Märkte gerecht werden kann, sind kooperative Maßnahmen im Rah-  
7 men der Europäischen Union und auf völkerrechtlicher Ebene anzustreben.

8

9

10 **Begründung**

11 *erfolgt mündlich*